

Hamburg, 25. August 2022

Stellungnahme des BDÜ Nord zum

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Bremischen Justizkostengesetzes wegen der Reform des Gerichtsdolmetschergesetzes (GDolmG)

*Der einfacheren Lesbarkeit halber kürzen wir **Dolmetscher/Übersetzer** beziehungsweise Dolmetschen/Übersetzen im Text teilweise mit **D/Ü** ab. Zudem verwenden wir aus denselben Gründen durchgängig das generische Genus.*

1. **insgesamt – der korrekte Begriff ist Gebärdensprachdolmetscher** nicht wie irrtümlich angegeben Gebärdendolmetscher

Die deutsche Gebärdensprache ist eine vollwertige und seit 2002 offiziell anerkannte Sprache, deren Beherrschung zur Förderung der barrierefreien Kommunikation im Studium oder auf Hochschulen erlernt werden kann. Wir bitten um Korrektur.

2. **insgesamt – Gebärdensprachdolmetscher benötigen keine Sonderregelung**

Es erscheint uns wichtig darauf hinzuweisen, dass es keine künstliche Unterscheidung zwischen dem Lautsprachdolmetschen und dem Gebärdensprachdolmetschen (GSD) braucht. Entsprechend ist grundlos keine Sonderregelung im GDolmG in den Landesgesetzen einzuführen. Diese künstliche Abgrenzung zum Dolmetschen zwischen Lautsprachen und dem GSD widerspricht unseres Erachtens massiv dem Gedanken der Inklusion und zudem auch den Qualitätszielen des GDolmG. [Wir verweisen auch auf die BDÜ-einheitliche Position dazu, die Sie jederzeit online finden](#). Auch die verschiedenen Berufsverbände der Gebärdensprachdolmetscher stehen auf diesem Standpunkt.

3. **Keine unterschiedlichen rechtlichen Maßstäbe einführen** – staatliche Prüfungsämter braucht es bundesweit flächendeckend und für viel mehr Sprachen

Die im GDolmG genannten Qualitätsanforderungen sind weder hinreichend noch schlüssig, [wir verweisen an dieser Stelle auf unsere detaillierte Auflistung dazu](#), die wir aus Platz- und Zeitgründen hier nicht noch einmal wiederholen. Es ist bedauerlich, dass man sich **in Bremen** nach unserem Wissen bisher nicht darum bemüht, eigene **Vorbereitungskurse samt Prüfungsämtern** – beides **gerne in Zusammenarbeit mit den Nachbarn Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein**, die dies ebensowenig anbieten – zu **installieren und anzubieten**. Auch werden in den aktuell existierenden Prüfungsämtern längst nicht alle von der Justiz benötigten Sprachen angeboten. Es gilt hier zeitnah und mit Blick auf die tatsächlichen Erfordernisse zu handeln.

Die Justiz sowie Behörden und auch Notare sind bundesweit auf die kompetente und zuverlässige Verdolmetschung und Übersetzung durch erfahrene Sprachmittler angewiesen. Arbeiten Sie zu Ihrem eigenen Nutzen mit daran, mehr von Ihnen fortzubilden.

4. **Kein Zwang zu zusätzlichen Prüfungen** – schon bisher beeidigte Dolmetscher und ermächtigte Übersetzer sollten **keine** zusätzlichen Prüfungen ablegen müssen

Die allermeisten schon seit Jahren beeidigten Dolmetscher und ermächtigten Übersetzer haben ihre Fach- und Sachkenntnis sowie ihre persönliche Eignung bereits glaubhaft nachgewiesen.

In Bremen wurde vor gar nicht allzu langer Zeit schon einmal die allgemeine Beeidigung für Dolmetscher sowie die Ermächtigung für Übersetzer nach Änderung des Ausführungsgesetzes für längere Zeit ausgesetzt und die Betroffenen mussten einige

Jahre warten und teilweise ihre Beeidigung und Ermächtigung seinerzeit gar **erneut** beantragen.

Es gibt **keinerlei** nachvollziehbare **Begründung**, warum die betroffenen Sprachmittler ihre Beeidigung und Ermächtigung alle fünf Jahre erneut beantragen sollen müssten. Das ist in unseren Augen unzulässig und an **Respektlosigkeit** gegenüber den Betroffenen kaum noch zu überbieten. Seien Sie versichert, dass nach unseren Informationen die **große Mehrheit** der Betroffenen **freiwillig** sicherlich **keine erneute Prüfung** durchlaufen oder eine nochmalige Anerkennung derselben anstrebt.

Das wird uns allen von staatlicher Seite **aufgezwungen**, ohne dass dafür von unserer Seite eine nachvollziehbare Begründung vorliegt. Für andere Berufe gilt dies doch auch nicht, warum also ausgerechnet und exklusiv nur für Dolmetscher und Übersetzer?

5. **Keine Gebühren für Beeidigung und Ermächtigung** – Dolmetscher und Übersetzer sollten keine Gebühren für die Beeidigung und Ermächtigung zahlen müssen

Dolmetscher und Übersetzer sind für den Zugang zur und den Erhalt der Rechtsstaatlichkeit unerlässlich. Ihre **wichtige Arbeit** wird von **den Gerichten, Notaren und allen Behörden** dringend **benötigt**, damit diese sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können. Der **Verwaltungsaufwand** für diese von Ihnen oktroyierten **Gebühren** ist sehr **hoch**, ein etwaiger Nutzen unseres Erachtens für niemanden wirklich erkennbar.

Zudem haben die **Sprachmittler** schon im **Vorwege** erheblichen **finanziellen und zeitlichen Aufwand** betrieben, um überhaupt die Voraussetzungen zur Beeidigung und Ermächtigung zu erfüllen. Das ist auch unter den aktuellen Voraussetzungen schon so. Da sie sich in **Bremen und Bremerhaven** weiterhin häufig auch noch zur **Unterzeichnung von Rahmenverträgen genötigt** sehen, wonach sie **weit unterhalb** der im [JVEG \(Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz\)](#) genannten Sätze **entlohnt** werden, stellt sich uns die Frage, warum man sie dann noch **zusätzlich** mit unseres Erachtens unnötigen und zudem noch alle fünf Jahre wiederkehrenden **Gebühren** belasten will.

6. **Gleichwertige Alternativen bestehen durchaus** – [Alternativen wurden von den Sprachmittlerverbänden \(auch vom BDÜ LV Nord e.V.\) vielfach und wiederholt aufgezeigt](#) aber bisher leider zu großen Teilen von der Politik ignoriert

Da nach Ihren Ausführungen das **Bundesrecht** und also das GDolmG **maßgebend** ist, würde dann letztlich der alleinige **Verweis auf das GDolmG genügen, ohne** dass im **bremischen Recht Änderungen** vorgenommen werden müssten.

Wir sind hingegen der rechtlichen Auffassung, dass **Justiz eben Ländersache** ist und es dem Bundestag nicht zustand das GDolmG überhaupt zu verabschieden. Nun ist es aber in der Welt und es braucht unseres Erachtens nach wie vor den **Einsatz der Länder**, um dieses GDolmG auf belastbare Füße zu stellen. Dies ist allerdings eine sehr **komplexe Angelegenheit**, die mehrere Jahre an **intensiver behördenübergreifender – ministerienübergreifender – Arbeit** beinhalten dürfte.

Sie muss aber getan werden, damit es an dieser Stelle vorangehen kann. **Bremen sollte unserer Meinung nach mit gutem Beispiel vorangehen** und **gemeinsam** mit seinen nördlichen Nachbarn **Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein** über den Bundesrat und seine Vertreter im Bundestag beantragen, das **GDolmG vorerst auszusetzen** und an gemeinsamen **Vorbereitungskursen** und **Prüfungsämtern** für Sprachmittler arbeiten. Erst wenn die Infrastruktur für die Erlangung der Prüfungen geschaffen ist, darf ein entsprechendes Gesetz in Kraft treten.

7. **Kosten für Beeidigung und Vorbereitung zu hoch, Zeit zu kurz** – keine ausreichende Abdeckung mit staatlichen Prüfungsämtern vorhanden, wertvolle Zeit zur Vorbereitung ist tatenlos verstrichen

Wir befürchten, dass zulasten der **Rechtsstaatlichkeit**, die unter anderem durch **kompetente und erfahrene Sprachmittler** sichergestellt wird, sich deutlich weniger diesem in unseren Augen unangemessenen und unangenehmen Prozedere einer Prüfung samt erneuter Kosten unterziehen werden. Wie wollen Sie diejenigen motivieren, deren Arbeit und Erfahrung Sie dringend benötigen, deren Tendenz aber eher dahin geht, wegen des immensen Aufwands auf einen erneuten Antrag einfach zu verzichten? Die Betroffenen können in der freien Wirtschaft deutlich angemessenere Tarife durchsetzen, über die sie ihr Dasein als Soloselbständige gut finanzieren können. Sie sind auf Aufträge aus den Behörden grundsätzlich nicht wirklich angewiesen. Sie erledigen Ihre Arbeit für Gerichte, Notare und Behörden, weil sie ihren Beruf mögen und sich auf dieses Gebiet spezialisiert haben.

8. **Zeit- und Kostenaufwand für Neuanträge sind zu hoch** – Es gibt in Bremen keine staatlichen Prüfungsämter, der tatsächliche Aufwand ist deutlich höher.

Der **Zeit- und Kostenaufwand der Sprachmittler für die Antragsvorbereitung**, ist höher als man annehmen möchte. Wie bereits mehrfach erwähnt, gibt es **in Bremen weder staatliche Prüfungsämter noch die eigentlich dafür notwendigen Vorbereitungskurse**.

Nach den noch immer gültigen Vorgaben sind **staatliche Prüfungen für Dolmetscher und Übersetzer** alles andere als an den tatsächlichen Gegebenheiten ausgerichtet. So sind zum Beispiel **Computer nicht zugelassen**, von den im Alltag häufig und zu recht genutzten **Übersetzungstools oder Onlinewörterbüchern** (bei Übersetzungen) ganz zu schweigen. **Niemand ohne besondere und mehrmonatige Vorbereitung kann diese Prüfung erfolgreich absolvieren**. Die Prüfungstermine finden zumeist einmal jährlich statt, die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung sind durchaus hoch.

Warum also bauen Sie weitere Hürden auf?

9. **Bestandsschutz für alle bis 31.12.2023 beeidigten/ermächtigten Dolmetscher/Übersetzer** – und auch für danach beeidigte/ermächtigte D/Ü

Zur Vereinfachung für alle Seiten schlagen wir nochmals vor, einen **Bestandsschutz** für bereits vor dem 31.12.2023 **bestehende Beeidigungen/Ermächtigungen** zu formulieren, und zwar **bedingungslos und unbefristet**. Dies dient dem Erhalt des derzeitigen Bestands an beeidigten Dolmetschern und ermächtigten Übersetzern, die für einen funktionierenden **Rechtsstaat unabdingbar** sind. Es steht zu befürchten, wir wiederholen uns hier, dass sehr viele von ihnen sich wegen des enorm hohen zeitlichen und finanziellen Aufwands einem erneuten Prüfverfahren nicht unterziehen wollen werden.

Zudem darf man sicher auch als Sprachmittler vom Staat einen gewissen **Vertrauensschutz** erwarten. Bereits bestehende Beeidigungen/Ermächtigungen erfolgten seinerzeit – und erfolgen noch immer – **unbefristet**, man muss als Staatsbürger und erst recht als für den Rechtsstaat Tätiger und zum Erhalt der **Rechtsstaatlichkeit** Beitragender darauf vertrauen dürfen, dass diese seinerzeit **unbefristet** gewährte **Beeidigung/Ermächtigung** auch wirklich **unverändert unbefristet** gilt.

10. **eine Beeidigung/Ermächtigung sollte grundsätzlich unbefristet gelten wie bei anderen Berufen auch** – es gibt keine nachvollziehbare Begründung, warum für Sprachmittler andere und strengere Regeln gelten als für andere Berufe

Es würde vermutlich auch niemand jemals auf die Idee kommen, eine einmal bestandene **Abschlussprüfung** zum Ende der **Studienzeit** (Bachelor, Master usw.) oder zur **Berufsausübung** (Gesellenbrief, Meisterbrief, Staatsexamen usw.) alle paar Jahre zu wiederholen oder deren **Gültigkeit nur auf Antrag zu verlängern** – noch dazu befristet; das ist weder für Justizbedienstete oder andere Staatsdiener noch für Angestellte und Arbeiter in der freien Wirtschaft der Fall.

Warum sollten denn für die **Sprachmittlerberufe Dolmetscher und Übersetzer** abweichende und damit andere und zudem nachteilige Regeln gelten? Eine **Begründung** für dieses Vorgehen ist **nirgends ersichtlich**. Es ist schlicht **nicht nachvollziehbar**, warum diese Befristung überhaupt eingeführt wird, weder für die Betroffenen noch für Dritte.

11. **Schutz der Berufsbezeichnung** – trägt möglicherweise zur leichteren Abgrenzung der professionell tätigen Sprachmittler gegenüber etwaigen unerfahrenen und oft ehrenamtlich tätigen „Sprachhelfern“ oder „Sprachbegleitern“ bei

Eher wäre also unseres Erachtens zu erwägen, hier grundsätzlich einen gesetzlich verankerten **Schutz der Berufsbezeichnung** für die Sprachmittlerberufe zu initiieren, so dass sich nur Personen mit einem entsprechenden **qualifizierten Abschluss** (einer Hochschule oder einer staatlichen (anerkannten) Prüfung oder als gleichwertig anzuerkennende Nachweise bzw. langjährige Berufserfahrung) überhaupt als **Dolmetscher/Übersetzer/Sprachmittler** bezeichnen dürfen.

Die oft unerfahrenen und ehrenamtlich auftretenden Personen, die andere zu Terminen begleiten und sie unterstützen, könnte man hernach zur Abgrenzung offiziell zum Beispiel als „Sprachhelfer“ oder „Sprachbegleiter“ bezeichnen, keinesfalls als „Sprachmittler“.

12. **Aufbau von Strukturen** für eine **staatliche Prüfungsordnung** und ein **staatliches Prüfungsamt in Bremen** und entsprechende Angebote von **staatlichen Prüfungen für Dolmetscher/Übersetzer im Fachgebiet Rechtswesen**.

Es ist nachvollziehbar und sinnvoll, dass die **Anforderungen** an allgemein beeidigte Dolmetscher und ermächtigte Übersetzer bestimmte **Mindeststandards** erfüllen, die nach Möglichkeit selbstverständlich bundesweit gelten.

Die Idee eines bundesweit einheitlichen und gültigen Gerichtsdolmetschergesetzes (**GDolmG**) halten wir grundsätzlich entsprechend für sinnvoll und zielführend. Allerdings ist das GDolmG nach derzeitigem Stand noch immer stark **verbesserungsbedürftig** und kann und sollte in seiner jetzigen Form **keinesfalls** in Kraft treten.

Das Erstellen entsprechender **Curricula** für die staatlichen (und staatlich anerkannten) Prüfungen ist nach unserem Verständnis allein Ländersache (wie übrigens auch Justizangelegenheiten), da dort bekanntlich in unserem föderalen Staat die Bildungshoheit liegt. Wir meinen, dass der **KMK-Beschluss vom 17.12.2020** (*Rahmenvereinbarung zur Durchführung und Anerkennung von Prüfungen für Übersetzer und Übersetzerinnen, Dolmetscher und Dolmetscherinnen und Dolmetscher für Deutsche Gebärdensprache und Dolmetscherinnen für Deutsche Gebärdensprache*) eine gute erste **Grundlage** dafür abbildet und **appellieren** an dieser Stelle nochmals dringend an die politisch Verantwortlichen in Bremen, sich **nachdrücklich** (und gerne in Zusammenarbeit mit den benachbarten nördlichen Bundesländern) darum zu kümmern, dass **in Norddeutschland staatliche Prüfungsämter** und Angebote zur **Vorbereitung der Prüfungen verbindlich** etabliert werden.

13. Nach unserem Verständnis sollten auch die aktuellen Vorgaben zum Nachweis der **Kenntnisse** der **deutschen Rechtssprache** von den Bildungsbehörden bundesweit einheitlich entwickelt, abgestimmt und abgeprüft werden, um diese schließlich als **staatliche** oder staatlich anerkannte **Prüfungen** zu modellieren und fest zu etablieren. Die erst im letzten Jahr bekannt gewordenen unschönen Vorfälle dazu bestärken uns in dieser Meinung. Auch wenn wir selbst Anbieter derartiger Kurse sind, halten wir es dennoch für zielführend, wenn der Staat (die Länder) mindestens diese **Prüfungen**, gerne auch die **Kurse zur Vorbereitung** darauf selbst anbietet.

Wenn der **Gesetzgeber** wie im GDolmG und den entsprechenden Ländergesetzen vorgesehen den **Nachweis** einer bestandenen **staatlichen** (oder **staatlich**

anerkannten) Prüfung zum Dolmetscher/Übersetzer **verlangt**, dann muss er die Möglichkeit zum Ablegen dieser **Prüfungen** (also die entsprechend Infrastruktur) auch **selbst** und **vor Ort verbindlich anbieten**. Das ist für andere Bereiche wie schulische und berufliche Abschlüsse auch der Fall.

Ein staatliches **Angebot zur Vorbereitung auf diese Prüfungen** ist wünschenswert und sinnvoll, damit hernach möglichst viele **geeignete Absolventen** in den **benötigten Sprachen** den Behörden und Gerichten (und Notaren) zur Verfügung stehen können. Es wäre im Sinne **aller** Beteiligten, wenn die Bundes- und Länderbehörden zeitnah über bundesweit in **allen** Bundesländern vorhandene **staatliche Prüfungsämter** die Möglichkeit zur Erbringung der **Befähigungsnachweise modular** anbieten, was bekanntlich aktuell **nicht** der Fall ist und absehbar bis zum genannten Enddatum der Beendigungen, den 12.12.2024, auch nicht der Fall sein wird.

Wir **appellieren** demnach nochmals nachdrücklich an Sie, sich **dringend** wegen der Durchführung der staatlichen Prüfungen für Dolmetscher/Übersetzer mit Fachgebiet Rechtswesen mit dem **staatlichen Prüfungsamt** zum Beispiel in Sachsen in Verbindung zu setzen, wo man seit vielen Jahren (gar schon einigen Jahrzehnten) staatliche Prüfungen für Dolmetscher und Übersetzer (nicht nur) im **Fachgebiet Rechtswesen** abnimmt. Wir bieten Ihnen hier selbstverständlich unsere Unterstützung und Beratung an.

Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung. Sie erreichen die Unterzeichnete per E-Mail unter vorsitz@nord.bdue.de oder telefonisch in Hamburg unter **040 2198 2698**.

Wer sind wir? Unser Dachverband, der **Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V. (BDÜ)** ist mit über 7 500 Mitgliedern der größte deutsche Berufsverband der Branche. Er repräsentiert damit gut 80 Prozent aller organisierten Dolmetscher und Übersetzer in Deutschland und ist Ansprechpartner für Handel, Industrie, Politik und Ausbildungswesen. Der BDÜ vertritt seit über 60 Jahren die Interessen von Dolmetschern und Übersetzern – sowohl in Deutschland als auch international.

In den vier Bundesländern Hamburg, **Bremen**, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind wir als **BDÜ Landesverband Nord e.V. mit unseren rund 600 Mitgliedern** zuständig.

Catherine Stumpp
1. Vorsitzende